

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Freie Welt' - 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Geselle'.

Die schlagendste Monoparallele über deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Schicksal Groß-Berlins

G. S. So hoffnungsvoll trotz der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Situation in Preußen und im Reich das Jahr 1921 für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin begann, so sehr haben sich die Aussichten für ihre fruchtbare Entwicklung am Ende dieses Jahres verschlechtert.

Als im Frühjahr 1920 das Gesetz über die Bildung der Einheitsgemeinde vom preussischen Landtage angenommen und die erste Stadt- und Bezirksverordnetenwahl im neuen Groß-Berlin am 20. Juni 1920 vorgenommen worden war, da gingen die sozialistischen Parteien mit Feuereifer an die Arbeit, um die zahllosen Einzelverwaltungen zu größeren, arbeitsfähigen Bezirksverwaltungen zu vereinen; um in der Kommunalpolitik in Berlin den schönen Grundgedanken des Gesetzes, Ausgleich zwischen Westen und Osten, Reich und Arm, Leistungsfähigkeit und Lastenverteilung zu schaffen, in die Tat umzusetzen.

So vertritt das Jahr 1920, ohne daß für den Aufbau der Einheitsgemeinde Wesentliches hätte geleistet werden können. Am Anfang des Jahres 1921 waren wenigstens die Vorarbeiten, Wahlen der Stadträte und ähnliches, soweit gediehen, daß die praktische Arbeit beginnen konnte.

Die sozialistischen Parteien und die von ihnen gewählten Organe der Einheitsgemeinde richteten denn auch ihre Tätigkeit vor allem auf die Linderung des Lotes der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung. Die Wohnungsnot als eine der furchtbarsten Folgen des Krieges wirkte sich auf die sozialistischen Parteien aus.

Wollte die Einheitsgemeinde ihre großen sozialen und kulturellen Aufgaben, besonders der bis dahin so stiefmütterlich behandelten Arbeiterbevölkerung gegenüber, erfüllen, so bedurfte sie bei den durch den Krieg so zerrütteten Gemeindefinanzen neuer Steuerquellen.

Vor Neuwahlen in England

Die neue Parteikonstellation

Ein englisches Blatt bringt auf neue die Nachricht, daß im Februar Neuwahlen zum Parlament stattfinden sollen. Lloyd George werde bei seiner Rückkehr aus Cannes, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dem König raten, das Parlament vor dem 30. Januar, wo die Kammern einberufen werden sollten, aufzulösen.

Technische Meldungen sind wiederholt schon verbreitet worden. Ob der Termin der Auflösung des Parlaments schon in so nahe Zeit gerückt ist, mag zweifelhaft sein, daß man aber in England mit Sicherheit mit Neuwahlen rechnet, steht fest. Es wird wahrscheinlich von den Ergebnissen der Konferenz in Cannes abhängen, ob Lloyd George schon jetzt die Auflösung des Parlaments vorsehen läßt.

Die Neuwahlen dürften auch das Schicksal des bisherigen Zweiparteiensystems endgültig besiegeln. Lloyd George will aus dem rechten Flügel der Liberalen und aus der Mehrheit der Unionisten eine neue Partei, die nationale Partei, bilden.

Die Hauptgegnerschaft wird die nationale Partei nicht im Bürgerium, sondern bei der Arbeiterklasse finden. Die Neuwahlen der letzten Zeit haben der englischen Arbeiterpartei wesentliche Erfolge gebracht.

Die Konferenz von Cannes

Eine pessimistische Betrachtung des „Temps“

Paris, 2. Januar.

„Temps“ bringt heute eine außerordentlich pessimistisch gehaltene Betrachtung zur Jahreswende. Das neue Jahr, in das Frankreich eintrete, sei außerordentlich schwierig.

zu gewinnen. Es entstand der Vorschlag einer Hausangelegenheitssteuer, die für die bürgerlichen Familien einen im Verhältnis zu den Kosten für die Haltung eines Hausangelegenen geringeren Zuschlag bedeutete.

Der gleiche Kampf des Bürgeriums gegen alles, was von der Einheitsgemeinde im Interesse der schwer leidenden minderbemittelten Bevölkerung an sozialen Maßnahmen unternommen wurde, richtete sich auch gegen die Kulturpolitik.

beigeführt werden, und diese sei abhängig von der Lösung der Streitfragen der Unterseeboote und des Reparationsproblems. Nachdem Frankreich die Resolution Kool über die Herwendung der U-Boote angenommen habe, seien es nur noch Fragen technischer Natur, über die man sich zu einigen habe.

Das englisch-irische Abkommen

Dublin, 3. Januar.

Das irische Parlament wird heute die Verhandlungen über das englisch-irische Abkommen wieder aufnehmen. Ein beträchtlicher Teil des irischen Volkes scheint der Ratifikation des Abkommens günstig gegenüberzustehen.

Ansturm gegen das Horthy-Regime

U. R. Budapest, 2. Januar.

Der entscheidende Ansturm gegen den Reichsverweser Horthy bereitet sich vor. Alle oppositionellen Gruppen arbeiten in engstem Einvernehmen miteinander. Der Führer der republikanischen Partei, Georg Nagy, hat nach der Auflösung seiner Partei eine neue politische Gruppe unter dem Namen „Ungarische Freiheitspartei“ ins Leben gerufen.

Graf Michael Karolyi, der gewesene Präsident der ungarischen Republik, erließ von seinem Aufenthaltsort Ragusa aus eine Neujahrsbotschaft an das ungarische Volk, in der es heißt, daß der jetzige Regierungskurs Ungarn an den Rand des Abgrundes gebracht habe.

reiche Wiederherstellung des alten Obrigkeitstaates. Nun, die sozialistischen Parteien werden auch im kommenden Jahre nicht erlahmen, den Kampf um eine fortschrittliche Kulturpolitik der Einheitsgemeinde mit aller Fähigkeit zu führen!

Als das Berliner Bürgerium die unbeeirte Verfolgung ihrer Ziele durch die sozialistische Mehrheit sah, wurde ihm im Laufe des Jahres ganz angst. Da alle Kadelstichpolitik weder in den Bezirken noch im roten Hause, da alle Pressehege gegen Institutionen und Personen der Einheitsgemeinde, da alle Hilfe des Oberpräsidenten die Fortführung sozialistischer Kommunalpolitik nicht aufhalten konnte, griff man zu dem schäbigsten Mittel, das dem hinterhältigen Berliner Bürgerium geblieben war: man ließ sich Kadi.

Proben — statt praktischer Arbeit leistete sich das Bürgertum den Luxus eines maßlos erbitterten Wahlkampfes. Wochenlange Schmähungen und Verleumdungen, bodenlose Gemeinheit und faulstidige Lügen halfen das Ziel erreichen: in dem roten Berlin, das so manchen Revolutionssturm erlebt, das ehemals eine so geschlossene, kampfesmutige Arbeiterschaft hatte, zog am 16. Oktober eine bürgerliche Mehrheit ein.

Ein bitterer Tropfen mischte sich freilich in den überschäumenden Freudenbecher des Bürgertums: die Mehrheit war sehr gering, das Verhältnis der Sitze war nur 115 zu 110. Es zeigte sich denn auch schon in den ersten Sitzungen, sogar bei dem im Grunde rein formalen Vorgang der Präsidentenwahl, daß diese Fünfmännermehrheit ein zu schwankendes und zu schwacher Boden war, als daß das machtkäufliche Bürgertum darauf eine reine Machtpolitik begründen könnte. Trotzdem sucht natürlich der Bürgerblock, der allerdings trotz seines erst kurzen Bestandes schon Risse zeigt, eine reine Interessenspolitik zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung zu treiben.

Im Mittelpunkt dieser bürgerlichen Versuche steht gerade um die Jahreswende das Eigentum der Berliner Bevölkerung: die kommunalen Werke und Betriebe. Das Bürgertum will unter der Führung der Demokraten das städtische Eigentum an einige Privatkapitalisten ausliefern, die sich so sehr darnach sehnen, in dieser schweren Zeit an dem Defizit beteiligt zu sein. Dieser Kampf, der von den Interessenspolitikern des Bürgertums ebenso entschlossen geführt wird wie der Ansturm gegen den Mieterzuschuß von den Hausbesitzern, erfordert die ganze Aufmerksamkeit und Abwehrbereitschaft der sozialistischen Parteien.

Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin steht im kommenden Jahre vor schweren Kämpfen. Durch den Wahlausgang vom 16. Oktober ist in Berlin eine Situation eingetreten, in der sich die sozialistischen Parteien den Luxus gegenseitiger Belämpfung einfach nicht leisten können. Das städtische Eigentum, nach dem das profitgierliche Bürgertum seine gierigen Hände ausstreckt, der Mieterzuschuß, gegen den der Hausbesitz Sturm läuft — das sind Kampfobjekte, deren Erhaltung im Interesse des ganzen Proletariats liegt, die aber auch nur durch den geschlossenen und gemeinschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft gewahrt werden können. Von der Geschlossenheit der Arbeiterschaft wird im kommenden Jahre das Schicksal Groß-Berlins abhängen.

Der Klappfuß

Hochverräter erhalten gesetzliche Pension

Als der Rapp-Fuß durch den beispiellosen Opfermut der revolutionären Arbeiterschaft abgeklappt war und die Regierung aus ihrem Versteck in Stuttgart wieder nach Berlin zurückkehren konnte, verkündigte in der Nationalversammlung der rechtssozialistische Reichstanzler Hermann Müller: Gegen die Hochverräter wird mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden. Sie werden für die angerichteten Schäden in vollem Umfang haftbar gemacht werden. An das Reichsgericht in Leipzig ist bereits die Anordnung ergangen, das Vermögen der Hochverräter zu beschlagnahmen!

Nach zwei Jahren sind inzwischen ins Land gegangen. Den Hochverrätern ist nichts geschehen, außer der kleinen Strafe, die Iobben Herr v. Jagow heimtrug. Von einer Beschlagnahme der Vermögen der Hauptschuldigen hat erst recht niemand etwas vernommen. Da ist zum Beispiel der Oberputzmeister Rapp, der in Bilzen in Ostpreußen ein großes Rittergut besitzt. Wie in der letzten Nummer der „Weltbühne“ der Schriftsteller Karl Fischer feststellt, wird das Rittergut seit der Flucht des Vaters von dessen Sohn verwaltet. Auf Befürwortung des ostpreussischen Oberpräsidenten Siehr erhält der Sohn für die Verwaltung des Gutes einen staatlichen Zuschuß, weil sich ohne staatliche Hilfe das Gut angeblich nicht rentieren würde. Dabei wirft das Gut große Ueberschüsse ab, und der treue Sohn kann seinem lieben Vater regelmäßig größere Geldbeträge nach Schweden schicken, damit dieser nicht im Elend

verkomme. Noch schlimmer für die ostpreussischen Zustände ist folgender Fall:

Die ostpreussischen Granden legten im Sommer vorigen Jahres in einem Brief an Rapp diesem nahe, seinen Posten als Generallandschaftsdirektor niederzulegen. Rapp tat das. In geheimer Sitzung wählte darauf der ostpreussische Generallandschaftsrat einen neuen, Generallandschaftsdirektor und beschloß zugleich, um den entthronten König von Ostpreußen schadlos zu halten, daß der Frau Rapp das Gehalt ihres Mannes weitergezahlt werde. An dieser geheimen Sitzung hat der ostpreussische Oberpräsident Siehr teilgenommen, ohne daß er es wagte, gegen den unerhörten Beschluß Protest zu erheben. Neben dem staatlichen Zuschuß für sein Gut erhält also Rapp heute noch von der preussischen Regierung seine gesetzliche Pension.

So zeigt sich die preussische Republik den monarchistischen Hochverrätern erkenntlich. Was mit Arbeitern, die gepusht haben, geschehen ist und noch geschieht, darüber braucht nichts mehr gesagt zu werden. Die überfüllten Zuchthäuser und Gefängnisse, die Not der Familien der Verhafteten, reden eine zu deutliche Sprache. Die preussische Regierung aber ist verpflichtet, der Öffentlichkeit schleunigst darüber Auskunft zu geben: 1. wie hoch die Pension ist, die der Hochverräter Rapp jährlich erhält, 2. welche Summen der Sohn Rapps jährlich an staatlichen Zuschüssen zur Verwaltung des Gutes seines Vaters erhält.

Das alles muß die Öffentlichkeit so schnell wie möglich erfahren, damit Ursache und Verlauf des Rapp-Vulsthes reitlich geklärt werden und der Tatbestand insofern historisch abgerundet werden kann, daß ein Fuß der Monarchisten in der heutigen Republik auf alle Fälle ein Lohnendes Unternehmen ist.

Ein Zuhälter in hoher Reichsstellung

Zu der Angelegenheit des wegen Schleicherei verhafteten Direktors der Reichstreuhand-Gesellschaft Franz Morvilius veröffentlichte der „Total-Anzeiger“ gestern folgende Angaben:

Die Verhaftung der Ladendiebesbande bringt neue abschließende Zeiterschreibungen aus Tageslicht. Der Verdacht besteht, daß der in hoher Reichsstellung befindliche gewesene Direktor Franz Morvilius, der in den nächsten Tagen als Bäderdirektor vereidigt werden sollte, früher seiner jetzigen Frau gegenüber Kuppelbetriebe betrieb. Nach dem bisher vorliegenden Anschuldigungsmaterial scheint sich folgendes traurige Sittenbild zu ergeben: Morvilius lernte seine jetzt 20 Jahre alte Frau kennen, als sie noch nicht 16 Jahre alt war. Schon damals wußte er um die Diebereien der Familie. Das störte ihn aber nicht und er, der damals — Anfang 1917 — im Reichsschatzministerium beschäftigt war, hielt das junge Mädchen für gewerksmäßigere Anzucht an und ließ sich, wenn seine Frau, wie er sie damals schon nannte, von reichen Männern kam, denen er sie zugeführt hatte, das Geld geben.

Mehrere Herren, die das schändliche Treiben beobachtet hatten, schrieben an seinen vorgelegten Ministerialdirektor einen ausführlichen Brief, in dem sie unter Belegung aller Daten den M. der Zuhälterei beschuldigten und baten, in einer von ihm anzugebenden Stunde diese Beschuldigung persönlich wiederholen zu können. An einem der nächsten Tage wurde einer der Briefschreiber aus dem Reichsschatzministerium antelephoniert und ihm gesagt, eine persönliche Unterhaltung sei ja nicht mehr erforderlich, da das genügende Material im Briefe enthalten sei. Einige Tage später erschien Morvilius bei dem Briefschreiber und bat ihn himmelhoch, seine Anzeige zurückzunehmen, da er sonst seine Stellung verliere. Der Briefschreiber ging auf das Ansuchen nicht ein und wies ihm die Tür.

Morvilius blieb jedoch im dem Amt im Reichsschatzministerium und wurde auf Empfehlung dieses Ministeriums später in die Reichsverwertungskasse übernommen, dann in die Reichstreuhand-Gesellschaft, die aus der letzteren hervorging. In seiner letzten Stellung genoss er das unbedingte Vertrauen seiner vorgelegten Behörde und täglich konnte er über Hunderte von Millionen Reichsgeldern verfügen. Nun ist auch erklärlich, weshalb M. fortgesetzt bestrebt war, seine ihm verhasste Schwiegermutter, Frau Röber, zu schämen, da er sonst befürchten mußte, sie werde sein Verbrechen bekannt geben. Morvilius hat 1920 seine Frau geheiratet, vielleicht unter dem Druck dieser Verhältnisse.

Die „Deutsche Zeitung“ bemerkt zu dieser Darstellung, daß ihr bereits viel mehr Material, als der Totalanzeiger meldet, über die Beziehungen des Franz Morvilius zu hohen Reichsbeamten mitgeteilt worden sei. „Vielleicht ersparen uns —“ fährt das Blatt

fort — die in Frage kommenden Reichsstellen weitere unerforschliche Enthüllungsbearbeit, indem sie ungenügend ihr eigenes Wissen der Öffentlichkeit bekannt geben. Der sofortige Rücktritt eines sehr hohen Reichsbeamten würde einen solchen Entschluß unbedingt erleichtern und beschleunigen.“

Wenn die Angaben der beiden erwähnten Blätter den Tatsachen entsprechen, ist kein Wort der Verurteilung scharf genug, um das Verhalten der in Frage kommenden Regierungsstellen zu brandmarken. Wir verlangen, daß von den verantwortlichen Stellen schleunigst Aufklärung geschaffen und der Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf Personen, die volle Wahrheit mitgeteilt wird.

Die Ludendorff-Spende

Ueber die Verwendung der sogenannten Ludendorff-Spende berichtet eine Korrespondenz: Die Ludendorff-Spende betrug 150 Millionen Mark. Hieron sind 140 Millionen Mark den provinziellen Hauptfürsorgestellen überwiesen worden, die etwa 40 Millionen für Kriegsbeldadigte in 50 000 Fällen verausgabt haben, 100 Millionen Mark sind noch verfügbar. 10 Millionen Mark werden als Reichsausgleichsfonds verwaltet. Zur Förderung allgemeiner deutscher Kriegsbeldadigter überwiegen, weitere 10 Millionen dienen einem deutschen Ausgleichsfonds. Aus den Ausgleichsfonds haben die orthopädischen Anstalten, das Kriegerkurhaus Daros-Dorf Zuwendungen erhalten, 500 000 Mark sind zugunsten deutscher Kriegsbeldadigter im Ausland verausgabt worden. Die Hauptfürsorgestellen geben Kriegsbeldadigten auch Darlehen zur Selbständigkeitsmachung und bei Verheiratung zum Kauf von Möbeln. Ueber die Verwendung der bisher verausgabten rund 50 Millionen ist in allen Fällen genau Buch geführt worden.

Das Attentat in Dinkelsbühl

Dinkelsbühl, 3. Januar.

Zu dem Bombenattentat in der Neujahrsnacht wird noch gemeldet: Mit dem Attentat in Verbindung steht eine am Tage vorher vorgenommene Verhaftung eines betrunkenen jungen Mannes, dessen Befreiung eine Rote junger Burgen sich zum Ziel gesetzt hatte, wobei sie von der Polizei machte ein Fenstergitter abriß. Von den jungen Leuten waren Medensarten gebraucht worden, wie „das neue Jahr soll für die Schutzleute schlecht angehen“. Daß das Attentat vorbereitet war, geht auch aus dem Umstande hervor, daß die Anfertigung einer solchen Bombe mehrere Tage in Anspruch nimmt. Bis jetzt wurden neun Verhaftungen vorgenommen. Am schwersten verletzt ist der Schuhmann Bieringer. Heute weist die Staatsanwaltschaft zur Unterbrechung der Angelegenheit in Dinkelsbühl.

Es handelt sich also bei dem Attentat, wie aus dieser Meldung hervorgeht, um den wahnwitzigen Streich betrunkenen Lausbuben. Irgendein politischer Hintergrund ist nicht vorhanden.

Kleine Nachrichten

Weitere Erhöhung der Entschädigungen für Schüssen und Geschworene. Dem Reichsjustizministerium sind in letzter Zeit vielfach Klagen zugegangen, daß die gewährten Entschädigungen von 50 Mark pro Tag und Nacht namentlich an Geschworene bei längerer Tagungsdauer für die Betroffenen eine schwere finanzielle Schädigung bedeuten. Das Ministerium hat die Klagen als berechtigt anerkannt und will die Entschädigungen auf 75 Mark erhöhen.

Die neuen deutschen Geldmünzen. Die langwierigen Versuche zur Herstellung neuer Reichsmünzen aus Metall sind jetzt beendet. Die Münzverwaltung will im Frühjahr an die Ausprägung herantreten. Die Versuche waren hauptsächlich deshalb so schwierig, weil eine Gewähr gegen Fälschungen geschaffen werden mußte. Zunächst will man 1-, 2- und 5-Mark-Stücke schaffen.

Der Schutz der Republik. Der Entwurf zum Schutze der Beamten und Einrichtungen der deutschen Republik wird dem Reichsrat Mitte Januar zugehen. Der Entwurf stellt Beschränkungen der Republik und Beschränkungen auf Befreiung dieser Staatsform unter Strafe und beschränkt auch die Freiheiten der Presse zum Schutze der republikanischen Staatsform.

Die Amnestie in Frankreich. Laut Devore soll die am 2. Januar im Ministerrat beschlossene Amnestie für Angehörige des Heeres und der Marine, auch die Reuter der Schwarzmeer-Flotte umfassen.

Der singende Fisch

Ein Wort über den Dichter Brust

Nach dem Theaterzettel vom 21. Dezember hat man in Leipzig im Alten Stadt-Theater Alfred Brust's „Singenden Fisch“ aufgeführt. Aber das Stück, das ich da aufführen sah, hatte mit Brust's Drama nur den Wortlaut gemein — und das ist viel weniger, als man denkt, wenn so ziemlich jedes einzelne Wort falsch gesprochen wird und wenn die Voraussetzungen, aus denen die Worte des Dichters ihren Sinn und ihre Schönheit haben, fehlen.

Freilich, Alfred Brust ist nicht leicht zu spielen. Aber das mit viel geringeren literarischen und schauspielerischen Mitteln arbeitende Stadt-Theater in Halberstadt hat unter Sioll, der jetzt in Wachen einen größeren Wirkungsbereich erhielt, bewiesen, daß auch mit schwachen äußeren Kräften das Wesentliche Brust's gegeben werden kann, wenn künstlerische Feinfühligkeit und letzte sachliche Hingabe da sind. Beides hatte die schöne Aufführung der „Schlacht der Hellebrande“ in Halberstadt. Und beides mußte man bei der Leipziger Aufführung vermissen, was mich bei dem Auf, den das Leipziger Theater besitzt, doppelt enttäuschte. Ich gestehe, daß ich mit den größten Erwartungen nach Leipzig gekommen war.

Brust ist deshalb nicht leicht zu spielen, weil unsere Schauspieler wohl den naturalistischen Ton einigermaßen beherrschen und zur Not auch einen gewissen „expressionistischen“ Ton, aber vor dem versagen, was weder das eine noch das andere ist. Man kann sich etwa den „Kater Lampe“ Rosenows auf jeder Bühne, auch in der Provinz, mit einiger Aussicht auf eine brauchbare Aufführung ansehen — und vielleicht auch so etwas wie Georg Kaiser. Aber den „Zerbrochenen Krug“ von Kleist habe ich auch an unseren besten Bühnen noch nicht befriedigend spielen sehen. Es ist auffallend, wie völlig das Theater vor jeder Dichtung versagt, die ihr Geleis in sich selbst trägt. Nur mit Schauer kann ich an die Essig-Wende im „Kleinen Theater“ und im „Leipziger Theater“ zurückdenken. Da wurde Essig gespielt, als ob er Mitarbeiter der „Wegenerdörfer“ gewesen sei — und mit demselben quälenden Gefühl sah ich nun in Leipzig drei Alie Brust, die im Grunde von Max Halbe waren.

Der Charakter der Brust'schen Dichtung ist ein tragischer. Es ist immer das schwere, unlösbare Schicksal des Menschen in der Welt, das Brust beschäftigt. In der Entschiedenheit, mit der er allein den letzten Dingen nachdenkt, ist er den russischen Dichtern weisensverwandt. „Es es denn nicht furchtbar“, sagt Anatolie im „Singenden Fisch“, „wie die Menschen leben? Mensch sein — Mensch werden — wie ist das möglich aus unserem Zwiepsalt heraus? Es gibt wohl Recepte und Versprechungen der Erlösung, aber das sind Scheinlösungen. Nicht Flucht und Resignation und Ueberdenken der Abgründe führen zur Freiheit. Der ganze Mensch ist der Einsak!“ „Sie wollen es nicht besser haben“, antwortet Frau Stöbchen auf Anatolien's Frage, „und wer sie glücklich machen will, den nagein sie ans Kreuz.“

Der Charakter dieser Dichtung ist ein tragischer — aber wech ein Mißverständnis, aus graulich harter, schmerzhafter Unerbittlichkeit Wehleidigkeit, Stöhnen und Seufzer zu machen! Nicht die Personen dieser Dichtung beklagen sich, wie es aus der Bühne andauernd geschah, sondern ein Dichter klagt über das kleine, das enge Leben der Menschen. Die Personen des Stückes sind nichts als Stimmen; ihre Schicksale sind von untergeordneter Bedeutung, und von Bedeutung ist das allgemeine Schicksal: Mensch. Aber auch das ist ein Mißverständnis, aus dem Drama Brust's eine Gedankensatzung zu machen und die Personen andauernd „bedenklich“ sprechen zu lassen. Nein, weder wehleidig noch bedenklich ist das Werk zu spielen, sondern (und das ist eben das Schwere) es ist einfach zu spielen — einfach und aus der Fülle! Denn Brust's Werk ist im eigentlichen Sinne Dichtung: eine Zusammenballung, Konzentrierung, eine Verdichtung von Geschehnissen, nicht eine gedankliche Verbünnung und nicht eine tendenziöse, d. h. einseitig absichtsvolle Stilisierung. Eine runde Moral kann man aus Brust nicht herausheulen; er sieht alle Mächte des Lebens und predigt nicht die einen nieder, um die andern zu erheben. Nicht der Kampf des „Guten“ gegen das „Böse“ fesselt seinen Blick so sehr, sondern die viel gewaltigere „Schlacht der Hellebrande“.

Das Drama „Der Singende Fisch“ spielt in 3 einanderfolgenden Herbst-Winternächten in und vor einem Fischerhause auf der Kurischen Nehrung. Und diese Orts- und Zeitbestimmungen sind bei Brust nicht äußerlich, etwa nur für die materielle Einleitung wichtig, sondern sie bezeichnen die geistige Atmosphäre, sie bestimmen die Luft des Ganzen, und alles, was geschieht und was gesprochen wird, hat seinen Sinn nur in der Einheit von draußen und drinnen. Diese Fischer müssen so vollkommene Gestalten von jenem schweren, fast ungeheuerlichen Menschenhose sein, wie er an der Kurischen Küste häufig ist — und dieser Wohnraum im Holzhaus muß so erfüllt und so bestimmt vom Dasein, vom Gebrauch, von der Bewegung und von der Sprache dieser Menschen seit Generationen sein und so die Kleier vor dem Haus und in der Hand der Kleier, das alles muß so gespannt und so unerbört lebendig-wirklich dastehen, nicht naturalistisch, aber auch nicht stilisiert, sondern magisch, daß es Gestalt wird, Macht und Form des Schicksals.

Anatolie, statt eine wunderbare Wüste in Kraft und Fülle des Blutes, war ein mattes, kümmerliches Wesen mit stromem Schreitel und Gaius sah wahrhaftig einem dümmlichen Offiziersburken ähnlich als dem jungen litauischen Krieger, der ebenso stolz und groß sein soll, wie jart und rücksichtslos. Was wie ein körperlicher Schmerz wirken muß, diesen Gaius nachher betrunknen, roh und gierig zu sehen, wirkte ebenso gleichgültig wie zuvor sein leidenschaftlicher Kampf mit Anatolie. Der letzte Akt muß schwer erfüllt sein vom Lärm, vom Lansen, Spielen und Trinken der Gäste im Hochzeitshaus — wie von einem gefährlichen Rauchsduft. Brust kreiht den eigentümlichen Rhythmus des litauischen Tretanges genau vor — nichts von alledem, und so waren die Vorgänge fast sinnlos. Dies alles sind Menschen von Fleisch und Blut, hart und hart und fest; Raubtiere im Grunde; und gegen ihre ungeheueren, unbeirrte Tierkraft steht ein Gedanke — Ana-

tolien's Sehnsucht nach Reinheit. Alle Menschen sind in diesem Drama so, wie sie sein müssen, und auch auf der Bühne müssen sie es mit aller Macht sein, die Freisenden wie die Gefessenen, mit unerbittlicher Wahrheit, in die sich auch Brust, nicht als Richter, einmischt. In Schemen aber, Andeutungen und Einklirungen kann sich dieses Werk nicht erfüllen — dieses Werk, das wie Brust's erste Dichtung den Titel tragen dürfte: Spiel vom Schmerz der Schönheit des Weibes.

Der „Singende Fisch“ müßte an einer anderen Stelle in einer der Dichtung besser gerecht werdenden Form aufgeführt werden. Dem Leipziger Theater soll der Dank, daß es voranging, nicht vorzuenthalten werden. Es ist mir völlig unverständlich, daß sich unsere Volksbühne nicht für diesen Dichter entschließen kann. Endlich sieht unter den vielen, die ihr Händchen nach dem Wind der Mode richten — und meist deshalb aufgeführt werden — einer da, der zu allen sprechen kann — und gerade die Bühne, die zuerst dem verpöchtelt wäre. — Nicht stumm! Vielmehr fürmerci sie sich einmal um das letzte Werk Brust's „Die Wölfe“, in der ein ungeheurer Mut der Wahrheit zu Offenbarungen führt, die ein tiefes traumbares Grauen wecken. Welche Bühne wagt es? Bis dahin machen wir uns das Werk Brust's durch Lesüre zu eigen. Seine Bücher heißen: „Christa oder das Spiel vom Schmerz der Schönheit des Weibes“ mit Holzschnitten von Schmidt-Rottkuss (Münchener-Verlag, Berlin), „Der ewige Mensch“, „Die Schlacht der Hellebrande“, „Spiele“, „Der Tag des Jarnes“ und „Die Wölfe“, die alle im Verlag Kurt Wolff-München erschienen sind.

Adolf Behne

Tagessotizen

Der Film am Dienstag soll heute ausst
Von den Volkshörsen. Sonnabend, 7½ Uhr, Red im Rathhausplatz Margarete Werchow Dichtinnen von Ada Regel und Kadelaine Katz. Einleit 1½ Uhr. — Das Neue Volkskino bietet eine Kautschubildung von Soma Scharer vor.
Schauspiel-Theater. Heilig. Freitag beginnt das Deutsche Künstler-Theater ein vierzigjähriges Jubiläum mit dem „Heiligen Ambrosius“, Am 10. und 12. das Kleine Schauspielhaus mit „Dirndl's Mutter“. Hauptrollen: Gertrud Eweler, Alie Berch. — Sonnabend findet die Eröffnungsführung von Gritlabergs „Schillerhäuser“ und „Marie“ statt.
Festschicksal Groß-Berlin. In der Arbeitshalle Neustädter sind im ersten Vierteljahr 1922 19 Rote tot. Rötter ist aus den Arbeitshäusern (klein ansehnlich, durchschnittlich 1 1/2) zu erleben, die im Rathaus Neustädter, Zimmer 207, wochentags 10-1 Uhr (vom 2-7. 1. 1922 auch von 5-7 Uhr nachmittags), fernst in der „Freiheit“-Kleiderge, Kofortz, 3. wochentags 8-4 Uhr, und im Papiergeschäft W. Werner, Reich, Schausch. 51, zu haben sind.
Ersparungsk. Vom Bezirksamt Neustädter werden wie bisher Sparscheine veranlaßt und die bereits bestehenden in französisch, englisch, russisch weitergeführt. Auf Lagerplätze (auch in Esperanto und Spanisch), sowie Sprechstunden für Vorkurschilten werden sich Bedarf eingestellt. Beginn: 3. Januar 1922, abgesehen 16 Uhr. Eintragungen in den Sparschulden im Bureau des Volkshauskommissionen (Rathhaus Neustädter), Zimmer 207, in der Zeit vom 2. bis 7. Januar 1922, mittags von 10-1 und nachmittags 4-7 Uhr.

